

Berliner Kreis - ENTWURF - Stand: 11.09.2014

Ziel unseres Berliner Kreises war und ist es, der vielfach beklagten „Entprofilierung“ der Union entgegenzuwirken. Wofür stehen CDU und CSU? Was unterscheidet sie grundlegend von anderen Parteien, für welche politischen Ziele kämpft die Union – auch wenn es einmal Gegenwind gibt? Diese Fragen werden doch nicht nur im Berliner Kreis erörtert, sondern unter vielen Mitgliedern und Anhängern der Union. Gerade im liberal-konservativen Bereich hat die Union in den letzten Jahren – leider – deutlich an Anziehungskraft verloren. Die Union war immer dann stark, wenn sie sich bewusst war, dass sie eine christlich-soziale, eine liberale, aber eben auch eine konservative Wurzel hat – und wenn sie alle drei Wurzeln in gleicher Weise nicht nur rhetorisch, sondern auch politisch-praktisch gepflegt hat.

Viele Jahrzehnte war es das Ziel der Union, zu verhindern, dass rechts von ihr eine demokratisch legitimierte Partei entsteht – und wenn jetzt ernsthafte Zweifel daran bestehen, dass dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann, dann muss sich die Union auch ernsthaft fragen, wie die AfD in so kurzer Zeit relativ hohe Wahlergebnisse erzielen konnte.

Unsere Überzeugung ist und bleibt: Die Union muss die starke Partei der Mitte sein, die als Volkspartei sowohl christlich-soziale als auch wirtschaftsliberale – und eben auch wertkonservative Inhalte offensiv vertritt.

Die AfD ist jetzt gut eineinhalb Jahre alt. Sie ist bei der Bundestagswahl im September 2013 nur knapp an der 5 %-Hürde gescheitert. Sie hat sowohl bei der Europawahl im Mai 2014 als auch bei der sächsischen Landtagswahl im September 2014 beachtliche Ergebnisse erzielt. Über diese Wahlergebnisse können sich eigentlich nur diejenigen wundern, die lange Zeit ernsthaft bestritten haben, dass die Union im wertkonservativen bürgerlichen Milieu an Bindungskraft verliert.

Wenn vor dem Hintergrund dieser Wahlergebnisse festgestellt wird, dass „nur“ 23 Prozent der Wähler der AfD beim letzten Mal Union gewählt hätten – dann sollte das kein Grund zur Beruhigung sein. Eher zur Beunruhigung. Dies insbesondere deshalb, weil die Union bei der Wählerwanderung von allen Parteien am meisten Wählerinnen und Wähler an die AfD abgeben musste. Nicht eingerechnet ist die große Zahl der Nichtwähler, die schon bei der letzten Wahl der Union den Rücken gekehrt hatten und dieses Mal AfD gewählt haben. Natürlich speist sich der Wahlerfolg der AfD auch aus

dem Reservoir der anderen etablierten Parteien (alles andere wäre auch ein Wunder), aber wenn sich eine Kraft rechts der Mitte neu positioniert, dann ist das weniger ein Problem der Linkspartei oder von Bündnis 90/Die Grünen – das ist eine besondere Herausforderung für CDU und CSU.

Bislang war man in der Führung der Union der Auffassung, es sei die beste Strategie, die AfD zu ignorieren, sich jedenfalls mit ihr nicht näher auseinanderzusetzen. Vermutlich in der Hoffnung, wenn man die Existenz der AfD negiere, würde es den Wählerinnen und Wählern möglicherweise gar nicht auffallen, dass es diese Partei überhaupt gibt. Es wurde auch empfohlen, gemeinsame Diskussionen mit Repräsentanten der AfD zu verweigern. Dies ist vor allen Dingen deshalb irritierend, weil zugleich gemeinsame Auftritte mit Repräsentanten der Linken in Fernsehsendungen offenbar für unbedenklich gehalten werden. Wenn wir diese Ausgrenzungspolitik gegenüber der AfD betreiben, müssen sich auch viele Wählerinnen und Wähler der AfD ausgegrenzt fühlen – wie sollen sie dann den Weg zurück zur Union finden?

Aus verständlichen Gründen hat der Vorsitzende der CSU vor einigen Tagen öffentlich erklärt, es sei falsch, die AfD zu verteufeln oder die Partei reflexartig in die rechte Ecke zu stellen, denn „diese Partei besteht in der Mehrzahl nicht aus braunen Dumpfbacken, sondern durchaus auch aus intelligenten Menschen“. Ähnlich hat sich auch der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel geäußert, und wir freuen uns auch über den Aufruf von CDU-Generalsekretär Tauber zu einer „gezielten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD“ – denn nur wenn wir uns mit der AfD, ihren Zielen und Methoden ernsthaft und sachlich auseinandersetzen, können wir die Partei inhaltlich stellen.

Es ist ja richtig, dass die AfD bewusst und gewollt den viel zitierten rechten Rand bedient und dass sich in ihren Reihen (auch) rechte Extremisten tummeln, mit denen wir politische Gemeinsamkeiten weit und breit **nicht** erkennen können. So wie es auch richtig ist, dass die AfD im aktuellen Ukraine-Konflikt näher an den Positionen der Linkspartei ist als an denen der Union. Wie aber sollen die Wählerinnen und Wähler der AfD dies erkennen, wenn die Union das nicht öffentlich thematisiert und wenn wir jeder Auseinandersetzung mit Repräsentanten der AfD gezielt ausweichen?

Gerade in Zeiten einer Großen Koalition besteht – zumindest latent – die Gefahr, dass das Profil der Parteien leidet, und damit auch das Profil von CDU und CSU. Auch vor diesem Hintergrund darf die Union im Hinblick auf ihre ureigenen Kernthemen keinen

politisch-programmatischen Raum für andere Parteien lassen. Wenn ihr das nicht gelingt, schwächt sie – sicherlich ungewollt – das bürgerliche Lager und trägt dazu bei, dass das Pendel nach rechts ausschlägt.

Eine große deutsche Tageszeitung hat vor wenigen Tagen geschrieben, „rechts von der CDU ist nicht mehr die Wand, sondern ein großer Abenteuerspielplatz. Warum die CDU mit der SPD schmerzliche Kompromisse eingeht, aber eine AfD scheut, deren Programm ... Fleisch vom Fleisch der Union und FDP ist, wird den CDU-Generalsekretär in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.“ – Das hoffen auch wir.

Zentrales Ziel von CDU und CSU muss es sein – und bleiben –, die Wählerinnen und Wähler der AfD für die Union zurückzugewinnen. Deshalb muss die Union eine Politik betreiben, die verhindert, dass die AfD sowohl Erbe der FDP als auch des konservativen Flügels der Union wird.

Es geht nun wirklich nicht darum, der AfD nachzulaufen. Ganz im Gegenteil, wir müssen sie politisch-inhaltlich stellen. Das geht allerdings ohne inhaltliche Auseinandersetzung mit der Partei und ihren Themen nicht. Vor allen Dingen müssen wir uns – ernsthaft – mit der Frage beschäftigen, aus welchen Gründen und mit welchen Motiven die Wählerinnen und Wähler von der Union zur AfD gehen und wie wir sie wieder für die Union zurückgewinnen können. Hieran beteiligen wir uns im Berliner Kreis gerne und mit großer Leidenschaft.